

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Geb. Anstalt, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beleglohn
„Nach der Arbeit“ und „Voll und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Ersch.
Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsamt: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareillezeile
30 Pf., die 90 mm breite Reflamzeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Verleihs-
40 Proc. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 232

Dresden, Dienstag den 5. Oktober 1926

37. Jahrg.

Vorfürden für Adelige

Von Polizeioberst Lange

In einem Artikel der Parteipresse geißelt Genosse Lange die Verbindungen, die zwischen Ober- und Unterwelt bestehen, die zwischen den Herren und den Knechten bestehen. Dann geht er auf die Frage des Reichswehr- nachwuchses ein und schreibt:

Die Erfolge dieser Personalpolitik des Republikaners Gehler sind verblüffend. Das Offizierskorps der Reichswehr ist in seinem überwiegenden Teil dem Adel entnommen, und zwar gilt dies nicht nur für die aus der alten Armee übernommenen Offiziere, sondern auch unter dem neuen Offizier-Ersatz ist fast immer mehr als ein Drittel aus adligen Geschlechtern. Wer diese Herren kennt, weiß, daß sie ganz andere Pläne haben, als dieser Republik mit dem Willen zu dienen, sie unter allen Umständen zu erhalten und zu schützen.

Wie frei und ungehemmt man gegen die Republik nicht nur unter Duldung des Reichswehrministers arbeitet, sondern mit dessen ausdrücklicher Erlaubnis, möge auch folgender Umstand erhellend sein: Im Jahre 1921 hat Herr Gehler den Offizieren die Zugehörigkeit zum Deutschen Offiziersbund (D.O.B.) verboten. Dieser streng monarchistisch eingestellte Bund gibt eine Zeitung heraus, betitelt „Deutscher Offiziersbund“ (Kopf: Altes Kaiserbild mit Krone). Damit nun die Herren Offiziere ihr Leibblatt (das sie übrigens auch ohne diesen Erlaubnis lesen können), wird im Heeresverordnungsblatt vom 14. September 1926 dienlich empfohlen, dies Blatt zu halten, da dort Unterricht in Fremdsprachen vermittelt wird. (!!) Man sollte es nicht für möglich halten und doch ist es so geschehen im lebenden Jahre der deutschen Republik!

Und nun sehe man sich die letzte Nummer dieser amtlich empfohlenen Zeitung des Deutschen Offiziersbundes an. Aus dem Inhalt sei folgendes mitgeteilt: „Der Marine-Feldzug“ von Kronprinz (???) Wilhelm. Ferner „Die große Politik“ von Prof. Dr. Otto Doehring. Ein Artikel „Ein Fall Duidde“, gezeichnet D. A., ist eine einzige Seite gegen diesen verdienstvollen Passagier! Unter der Spitzmarke „Gedenke, daß du ein Deutscher bist“, schreibt in jeder Nummer der Generalleutnant von Gramon über politische Tagesereignisse in einer an Gehässigkeit und Verdrehung nicht mehr zu überbietenden Polemik gegen alle Republikanische und Sozialistische. Diesmal werden besonders diejenigen führenden Republikaner in den Schmutz gezogen, die in dem bekannten internationalen Manifest gegen die allgemeine Wehrpflicht aufgetreten sind, also Genosse Löbe und General von Schöndach. So ist jede Nummer dieses monarchistischen Blattes eine einzige infame Seite gegen Republik und Völkerverehrung und eine Verwechslung aller Monarchisten. Und so was wird mit Duldung vom Herrn Gehler empfohlen!

Die „Reichsbanner-Zeitung“ wird also zweckmäßig einen Sprachunterricht für Unteroffiziere und Mannschaften einrichten, damit auch sie im Heeresverordnungsblatt — nicht empfohlen wird. Nun muß unsere Geduld zu Ende sein. Mit diesem System Gehler, das eine chronisch gewordene Gefahr für die deutsche Republik bedeutet, muß sofort und radikal gebrochen werden. Wir dürfen nicht länger dulden, daß in die deutsche Reichswehr nur geschworene Feinde der deutschen Republik eingestellt werden können; wir verlangen vielmehr, daß nunmehr das Reichswehrgesetz und die Bestimmungen über die Heeresergänzung unverzüglich derart geändert werden, daß es den Herren Kompaniechefs endlich unmöglich gemacht wird, den Erlaß aus den Händen rechtsradikaler Verbände zu beziehen. Wir verlangen mit allem Nachdruck, daß in die deutsche Reichswehr nur ehrliche und überzeugte Republikaner eingestellt werden.

Ähnliche Forderungen sind leicht zu formulieren. In dem Bundesheer der Republik Deutsch-Österreich liegt die Entscheidung über den Erlaß des Gesetzes in der Hand einer parlamentarischen Kommission. Eine solche Zentralisierung ist nötig, damit nicht mehr völkische Ge-

sinnung Aufnahmebedingung sei, sondern neben geistiger und körperlicher Tauglichkeit für den Dienst, Bekenntnis zur demokratischen Republik und Bereitschaft, den Eid mit dem Einlaß des Lebens zu bekräftigen. Das österreichische Wehrgesetz fordert solch Bekenntnis zur demokratischen Republik Österreich und Bekräftigung mit Manneswort.

Die Reform der Heeresergänzung duldet keinen Aufschub mehr.

Die Hohenzollern in der Reichswehr

Der treue Vorkämpfer auf dem Instrument der Republik

Der Reichswehrminister hat es jetzt endlich für nötig gehalten, eine Untersuchung über die Beteiligung des Kronprinzen an den Reichswehrmännern in Württemberg einzuleiten. Der demokratische Zeitungsdienst wehrt hierzu von unrichtiger Seite mitzuteilen: Die notwendigen Entscheidungen werden fallen, wenn der Reichspräsident v. Hindenburg und Reichsminister Dr. Marx nach Berlin zurückgekehrt sind.

Es mag vorläufig dahingestellt bleiben, ob es wirklich die notwendigen Entscheidungen sein werden. Aber warum man jetzt selbst von diesen Entscheidungen spricht, noch bevor die eingeleitete Untersuchung abgeschlossen ist, geht man, was übrigens alle Welt längst wußte und nur vom Reichswehrministerium bisher in mehr oder weniger falscher Form bestritten wurde, daß der Kronprinzensohn an den Manöverübungen der Traditionskompanie des 1. Garde-Regiments teilgenommen hat.

Die notwendigen Konsequenzen ergeben sich aus diesem Tatbestand ohne weiteres. Als dem Kronprinzen vor fast drei Jahren die Erlaubnis erteilt wurde, nach Württemberg zurückzukehren, hat er die ehrenwörtliche Verpflichtung übernommen, daß weder er noch Angehörige seiner Familie gegen die Gesetze und Bestimmungen der Republik auch nur im geringsten verstoßen würden. Diese Verpflichtung ist durch die unerlaubte und widerrechtliche Teilnahme des Kronprinzensohns an den Manövern in Württemberg gebrochen worden und damit erlöst der ganze Vorfall eine

harde politische Bedeutung.

Auch die „militärische Reizung“ des Kronprinzensohns entbindet weder den Kronprinzen selbst noch die ausländigen Stellen von der Reichswehr von der Verantwortung. Denn ein Hohenzollernprinz hat überhaupt nichts in der Reichswehr der Republik zu suchen, und zwar selbst nicht einmal dann, wenn er es gegen Treu und Glauben fertigbringen sollte, einen Eid auf die Fahne und die Verfassung der Republik zu schwören. Es ist an der Zeit, wie es in jedem andern republikanischen Staat selbstverständlich ist, das argwähnte Verbot auf weiteres festzusetzen. Abgesehen davon aber dürfen sich die Hohenzollern selbst wieder einmal am meisten geschädelt haben.

Der ganze in Volk gegen sie lebende Haß ist plötzl. durch ihren politischen Unverstand wieder aufgelebt, und mit Recht sagt sich die republikanische Öffentlichkeit, daß die „Auffrollung“ des Kronprinzensohns von den Arbeitern und den Parteimitgliedern keineswegs nur als eine harmlose Angelegenheit betrachtet wird. Vor allem aber sehen wir in diesem dummen und gleichzeitig treuen Manöverpiel des Kronprinzensohns, der nicht nur im Einverständnis mit seinem Vater, sondern nach dessen Willen in Deutschland, ein Zeichen dafür, daß sich die Hohenzollern mit ihrem Abgang doch noch nicht endgültig abgefunden haben. Wahrscheinlich wurde das Spiel von Württemberg nur zu dem Zweck inszeniert, die Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit für weitere Pläne auszu-probieren. Der Erfolg ist da, und wir möchten hoffen, daß es die preussische Regierung versteht, diese jetzt wirklich am Ausbruch kommende ehrliche republikanische Stimmung der Entrüstung bei den mit dem Hohenzollernsohn geführten Ausweichverhandlungen geführend in die Waschküche zu werfen. Es ist die Pflicht des preussischen Staates, sich

die Redellen vom Hals zu halten

und sie nicht noch durch große Summen zu unterstützen.

Vorerst aber ist schon eines notwendig: die verantwortlichen Kreise der Reichswehr an dem Mänsinger Vorfalle sind unmittelbar festzustellen und zur Verantwortung zu ziehen. Es heißt, daß auch eine bestimmte Persönlichkeit im Reichswehrministerium an dem Skandal stark beteiligt ist, ihn geduldet und sogar unterstützt hat. Wie steht es damit, Herr Reichswehrminister?

Aufstiftung zu „Maulstopfen“

Der Femeauschuss in München

München, 4. Oktober. (Fig. Drahtbericht.)

Nach der Heberföhlung des Femeauschusses des Reichstags nach München, der seine Sitzungen am Dienstag hier aufnahm, hat sich auch der bayerische Ministerrat befaßt. Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, den amtlichen Berichten mit dem Ausschuss auf das Mindestmaß zu beschränken, das durch die Abwicklung der technischen Geschäfte (Verfügungsbefugnis des Sitzungssaales, Polizeischutz usw.) unbedingt notwendig ist. Zur Teilnahme an den Verhandlungen des Ausschusses sind für die Presse 30 Plätze reserviert.

Die sogenannte vaterländische Presse Münchens, die feinerseit auf Oberbehörden des Reichspräsidenten gegen die Heberföhlung des Ausschusses nach München in leidenschaftlichen Protestartikeln Stellung genommen hatte, schweigt sich jetzt aus. Lediglich der völkische Propagandist hat mit den bekannten Beschuldigungen gegen den Genossen Dr. Levi, den Berichtshalter des Ausschusses, außerdem läßt auch das bayerische Jugendblatt, die Münchener Jugendzeitung, es sich nicht nehmen, die Öffentlichkeit gegen Dr. Levi scharfzumachen. Der „Mentor“ des Blattes, der Hohenzollernpfarrer Traub, schreibt in der Dienstagnummer einen Artikel, der den besagten Sach ent-

deutsch sagt, das Maul gestopft wird.“ Damit macht sich Dr. Traub zweifelsohne der Aufforderung zu Täuschlichkeit, wenn nicht gar zu Mord, schuldig; denn die vaterländischen Rüstlinge und Hakenkreuzträger, an die dieser Satz gerichtet wird, müssen schon, wie er gedacht ist und was „Maulstopfen“ in Gemeinfreiheit bedeutet.

Was gebietet die Staatsanwaltschaft gegen diesen Vorfalle gegen die Gesetze zu unternehmen?

Für die Fünftagewoche

U. Washington, 4. Oktober. (Fig. Drahtb.) Dem

amerikanischen Gewerkschaftskongress, der am Montag in Detroit zusammengetreten ist, liegt eine von der Exekutive der amerikanischen Arbeiter-Föderation eingebrachte Resolution vor, in welcher die Annahme der Forderung einer fünf-tägigen Arbeitswoche mit einer 40stündigen Arbeitszeit wesentlich als ein neuer Hauptpunkt des offiziellen amerikanischen Gewerkschaftsprogramms empfohlen wird. Falls diese Resolution vom Kongress angenommen wird, dürfte diese Politik der fünf-tägigen Arbeitswoche in Zukunft allen der Arbeiterföderation angeschlossenen Verbänden als Grundlage bei ihren Verhandlungen mit den Unternehmern zu dienen haben.

Volksparteilicher Machtwahn

Die Reichstagung der Deutschen Volkspartei ist abgeschlossen. Der künftige Historiker wird finden, daß diese Tagung bedeutungsvoll gewesen ist in der Geschichte der Deutschen Volkspartei. Was dem rückblickenden Historiker bedeutungsvoll erscheinen mag, braucht es deshalb nicht für den Politiker zu sein, der diese Tagung in die Gesamtheit der politischen Probleme in Deutschland hineinsetzt.

Die Deutsche Volkspartei ist seit ihrer Gründung einen schwanenenden Weg gegangen, auf dem ihr eine sichere Zielsetzung und ein fester politischer Wille gefehlt haben. Sie war in allem der echte Nachfahre der Nationalliberalen Partei. Sie hat sich gegen die Außenpolitik der republikanischen Regierung gewandt zu einer Zeit, als es politische Zielklarheit und politischen Mut erforderte, die Fundamente der Politik zu legen, die zur Befreiung der besetzten Gebiete geführt hat. Die Außenpolitik der Verständigung mußte in den schwersten Jahren gegen die Deutsche Volkspartei geführt werden. Diese Partei hat nach rechts geschickt. Sie fürchtete die nationalistische Demagogie der Deutschnationalen. Als ihr Führer Stresemann im letzten Augenblick den Wogen der Verständigungspolitik bestieg, war er keineswegs sicher, daß ihm seine Partei und seine Fraktion nicht in den Rücken fallen würden. Die Deutsche Volkspartei hat fast bis zuletzt sehnüchlich einestills nach der billigen Demagogie der Deutschnationalen, andernteils nach den praktischen Erfolgen der Verständigungspolitik geschickt. Sie fürchtete die deutschnationale Gefahr und hat deshalb den „Ewiggestrigen“, den „unheilbaren außenpolitischen Illusionisten“ genug innerpolitische Liebesdienste erwiesen.

Nun ist die Volkspartei durch die Gefahrenzone hindurch. Der Parteitag von Köln ist der Grenzstein auf diesem Wege. Die Debatte, die dem Parteiführer Stresemann in Köln dargebracht wurden, galten weniger dem außenpolitischen Erfolge als dem Gefühl, daß man nun gerettet sei vor der Zerbrechung durch die Deutschnationalen.

In diesem Gefühl der Errettung hat die Deutsche Volkspartei miriamt ihrem Führer alle Wehrkräfte für politische Dimensionen für die in Deutschland wirksamen, lebendigen politischen Massenkräfte verloren. Sie hat vergessen, daß es andere Kräfte als die der Deutschen Volkspartei waren, die die Einheit des Reiches gerettet, die Verfassung des Rheinlandes ver-hindert und den Weg zu Deutschlands Befreiung geebnet haben. Die Männer der Deutschen Volkspartei, die noch vor kurzem Herrn Stresemann für sehr riskant gehalten haben, sehen jetzt in ihm einen Bismarck und in sich die Partei des neuen Bismarck, die neue National-liberale Partei. Deshalb knüpft Herr Stresemann ausdrücklich an die Tradition der Nationalliberalen Partei an und verkündet eine Wiederauferstehung des Nationalliberalismus. Vielleicht erleben wir binnen kurzem, daß die Deutsche Volkspartei ihren Namen zurückändert in Nationalliberale Partei.

Das sind alles Dinge, die den Parteihistoriker interessieren. Der Parteipolitiker jedoch wird die praktische Bedeutung dieser Tagung für die deutsche Politik nicht hoch anschlagen. Deutschland hat genug an einer Zentrumspartei, die in der Mitte zwischen der Rechten und der Linken steht. Der Versuch einer Wiederbelebung des Nationalliberalismus ist nichts anderes als die Absicht, neben das Zentrum eine zweite Zentrumspartei zu stellen. Von dieser Absicht aus versteht man die Stellung, die der Parteitag der Volkspartei zur Regierungsfrage eingenommen hat. Diese Stellung geht dahin: die gegenwärtige Regierungskoalition aufrechtzuerhalten, dem Andrängen der Deutschnationalen gegenüber sich abwartend zu verhalten. Unausgebrochen geht diese Absicht durch alle Reden hindurch, die auf diesem Parteitag gehalten worden sind. Aus diesen Reden heraus und namentlich aus der Rede Stresemanns klingt noch ein andres; er hat geäußert, als wäre die Deutsche Volkspartei die Regierungspartei, als gäbe es keine Regierungskoalition, als habe die Fraktion der Deutschen Volkspartei allein über die Zusammenlegung der Regierung zu bestimmen. Die Deutsche Volkspartei leidet in ihrem Fremdenrausch darüber, daß sie durch die Gefahrenzone hindurch ist, an einer Ueberforderung des Machtbewußtseins.

Es ist zu konstatieren, daß die Gefühle der Deutschen Volkspartei den Deutschnationalen gegenüber erheblich er-fallt sind. Es ist damit noch nicht gesagt, daß Herr Stresemann in Zukunft nicht mit den Deutschnationalen regieren, sondern sich nach links anlehnen moße. Er will nur, falls er mit den Deutschnationalen regiert, „wie vorher an die Wand drücken, daß sie quiettchen“...

Es hat in der Rede Stresemanns auf dem Parteitag der Volkspartei andererseits nicht an Verbengungen gegenüber der Linken gefehlt. Er behandelt den Monarchismus der Deutschen Volkspartei als zur Vergangenheit gehörig; er will an der republikanischen Staatsform nicht rütteln lassen. Es fehlt ihm und seiner Partei aber gänzlich an Einsicht in das Wesen parlamentarischer Demokratie. Er glaubt die stärkste Partei, die Sozialdemokratie, als ein Werkzeug benutzen zu können. In derselben naiven Anschauung, die das Großunternehmertum auszeichnet, sieht er in allem, was die Unternehmer fordern und die Deutsche Volkspartei tut, Staatspolitik, in allem aber, was das Wesen der Sozialdemokratie ausmacht, Klassenkampf. Er tritt der Sozialdemokratie gegenüber, als müßte er nichts von den großen staatspolitischen Opfern, die sie gebracht hat, um die Einheit des Reiches zu retten und den Ausweg aus dem entsetzlichen außenpoliti-